



Pressemitteilung

Frankfurt, 04. Februar 2020

„Hetze und Rassismus machen krank“: Hessische Ärztekammer beruft Rassismusbeauftragten

Ausdrücklich unterstützt die Landesärztekammer Hessen (LÄKH) das Aktionsprogramm „Hessen gegen Hetze“, mit dem die Hessische Landesregierung Rechtsextremismus, Gewalt und Hass im Internet entgegentritt. „Nur gemeinsam können wir auf Dauer ein tolerantes gesellschaftliches Klima in Hessen bewahren“, betont der hessische Ärztekammerpräsident Dr. med. Edgar Pinkowski. Da Gewalt und rechte Hetze auch nicht vor Arztpraxen oder Krankenhäusern Halt machen, hat das Präsidium der Landesärztekammer den Menschenrechtsbeauftragten der LÄKH, Dr. med. Ernst Girth, zusätzlich als Rassismusbeauftragten berufen. Ab sofort ist Girth damit als Menschenrechts- und Rassismusbeauftragter der Landesärztekammer Hessen zugleich Ansprechpartner für rassistische und gewalttätige Vorfälle in Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Rechtsextreme Hetze und Rassismus machen aus ärztlicher Sicht auch krank: Das hat das hessische Ärzteparlament im November 2019 in einer Resolution erklärt. Soweit es in ihrer Macht stehe, trage die Landesärztekammer dafür Sorge, dass rechtsextreme Hetze in Gesundheitseinrichtungen unterbleibe. „Wir werben bei unseren Mitgliedern für ein aktives Vorgehen gegen Hetze und treten dafür ein, dass Rassismus im Gesundheitswesen auch in Fort- und Weiterbildung thematisiert wird“, sagt Pinkowski und weist auf das der ärztlichen Berufsordnung vorangestellte ärztliche Gelöbnis hin, in dem es heißt: „Ich werde nicht zulassen, dass Erwägungen von Alter, Krankheit oder Behinderung, Glaube, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politischer Zugehörigkeit, Rasse, sexueller Orientierung, sozialer Stellung oder jeglicher anderer Faktoren zwischen meine Pflichten und meine Patientin oder meinen Patienten treten.“

Mit der Berufung des Rassismusbeauftragten entspricht die Landesärztekammer Hessen der Forderung der Delegiertenversammlung nach einer Anlaufstelle, bei der rassistische Vorfälle in Einrichtungen des Gesundheitswesens benannt werden können. Zugleich soll sich diese Anlaufstelle auch um die Entwicklung von Gegenstrategien bemühen. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, Mittel für die Erforschung von Rassismus im Gesundheitswesen bereit zu stellen. Die Landesärztekammer Hessen werde entsprechende Forschungsprojekte aktiv unterstützen, erklärten die Delegierten.